Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 9 (1929-1930)

Heft: 10

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

geleistet. An dem einzigen diplomatischen Essen, an dem ich teilzunehmen die Ehre oder das Vergnügen hatte, als der französische Botschafter in der Schweiz, Herr Dutasta, der Basler Regierung seine Aufwartung machte, 1917, saß ich neben einem Attaché, der mich versicherte, Herr Clemenceau sei mit der Schweiz nicht sehr zufrieden. Das zu erreichen ist ja auch nicht gerade unsere Aufgabe im Kriege gewesen.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Nach der Wahl vom 12. Dezember. — Erneute Aussprache über ein altes Thema.

Wie die Vorbereitung hat auch das Ergebnis der Bundesratsersatzwahlen vom 12. Dezember mancher Nachdenklichkeit gerufen. Die Aufgabe unserer Zeitschrift ist es nicht, materiell zu diesem Ergebnis Stellung zu nehmen. Unser Ziel geht mehr dahin, das äußere Geschehen nach seinen treibenden Kräften zu zergliedern. Wir wollen erkennen — und Erkenntnis vermitteln —, nicht um des Erkennens willen, sondern weil die Erkenntnis des Gegenwärtigen eine Voraussetzung für eine fruchtbare Gestaltung des Künftigen ist.

Man sagt, bei den jüngsten Bundesratswahlen hätten ausschließlich Parteigesichtspunkte den Ausschlag gegeben. So liest man in den „Glarner Nachrichten":

> „Die Wahlen sind die Frucht der parteipolitischen Hinterstuben. Wenn irgend einmal, so liegt es jetzt an der Oberfläche, daß unsere Fraktionen nicht von großen politischen Ideen, sondern von ihrem Parteigeist geleitet werden."

Wenn dem so ist, was für Gesichtspunkte haben die einzelnen Parteien dann geleitet?

Kurz vor der Wahl hieß es im katholisch-konservativen „Vaterland":

> „Erst Klöti, dann Schüpbach, so tönt es durch den jungfreisinnigen Blätterwald... Wenn es nicht gerade der Jungfreisinn wäre, der unter der Parole: Kampf gegen die Ultramontanen, das Präsentationsrecht sich angeeignet hätte, würde man auch konservativerseits sich eine Ablehnung wohl zweimal überlegen müssen."

Oder im ebenfalls katholisch-konservativen Oltener „Morgen":

> „Daß die Unterstützung der sozialdemokratischen Kandidatur Dr. Klöti von der katholisch-konservativen Gruppe ernstlich in Erwägung gezogen werden muß, ... braucht das patriotische Herz des „Oltener Tagblattes" nicht so erzürnt schlagen zu lassen... War man nicht in der Lage, 220,000 sozialdemokratische Stimmen und Wähler im Schweizerlande zu verhindern, hat man auch nicht mehr diese Möglichkeit, diese 220,000 Wähler vom aktiven Einfluß auf die Regierung des Landes auszuschalten."

Es ist also nicht etwa so, daß die katholisch-konservative Partei grundsätzlich einer Rechtspolitik anhängt. Warum sie trotzdem ihre Stimme am 12. Dezember weder dem sozialistischen Kandidaten noch der offiziellen Kandidatur der freisinnig-demokratischen Partei, sondern dem Vertreter des Rechtsfreisinns, Dr. Meyer, gab, darüber schreibt v. Ernst im „Vaterland" kurz nach der Wahl:

> „Es ist das Verdienst der absolut geschlossenen und disziplinierten Stimmabgabe der katholischen Fraktion, wenn der freisinnig-demokratischen

Fraktion ... das vierte Mandat erhalten bleibt... Die unglücklichste und schwächste These ist zweifellos die: es müsse um jeden Preis eine freisinnige Mehrheit im Bundesrate erhalten werden, nicht im Parteiinteresse — was verständlich wäre —, sondern im Landesinteresse. Die These ist nicht frei von Unverschämtheit... Sie ist insbesondere nicht frei vom Hochmut, der vor dem Falle kommt... Es wäre ja ein Leichtes gewesen — daß die Zweidrittelsmehrheit, die nicht freisinnig ist, mit der freisinnigen Mehrheit Schluß gemacht hätte —, aber die kaltblütige und verständige Überlegung hat gerade bei der katholischen Fraktion den Willen zum Weiterbestand einer Regierung der Zusammenarbeit bekräftigt."

Man ist sich im Lager der anderen Parteien durchaus klar über diese Zusammenhänge und spricht es, besonders auf linksfreisinniger Seite, auch deutlich aus. So etwa die „Nationalzeitung":

„Dr. Meyer ist mit 71 bis 74 Stimmen katholisch- und protestantisch-konservativer Parteien gewählt worden... Meyer ist also von der Rechten gegen den Willen der radikalen Partei gewählt worden, und so hat die radikale Partei als solche zweifelhaft einen schwere Niederlage erlitten."

Oder das „Luzerner Tagblatt":

„Konservativ ist heute Trumpf in der Eidgenossenschaft, genau so wie „Zentrum" im Deutschen Reiche seit einigen Jahren mehr oder minder Trumpf ist... Die Auseinandersetzung der letzten Wochen drehte sich keineswegs darum, ob der Parteikurs mehr nach rechts oder nach links gehen solle; der Gegensatz lautete vielmehr: Freisinn oder Nichtfreisinn!"

Es dürfte das im wesentlichen so sein: die katholische Partei führte keineswegs etwa einen grundsätzlichen Kampf für die sog. „nationale Front". Ihr taktisches Ziel ist, die freisinnige Mehrheitsherrschaft in ihrem letzten Bereich, in der Landesregierung, zu brechen; mit Hinblick auf das umfassendere Ziel: damit den liberalen Staat selbst zu treffen. Ihr schwebt eine staatliche Ordnung vor, in der die Werte ihrer Anschauung diesseitiger und jenseitiger Dinge positiver zu Einfluß und Geltung kommen können, als das je in dem ihr von Anbeginn an feindlichen liberalen Staat möglich war. Das zu erstreben, ist ihr gutes Recht. Wenn sie dabei von Erfolg zu Erfolg schreitet, so verdankt sie das ihrer inneren Kraft und Geschlossenheit und der weltanschaulichen Unzulänglichkeit der liberalen Staats- und Gedankenwelt. Man sollte das in den Kreisen bedenken, in denen man den politischen Gegner heute im Katholizismus sieht. Geistige Überlegenheit bekämpft man nicht mit politischer Gewalt — ganz abgesehen davon, daß man diese heute nicht mehr hat. Die Geschichte ist ein ewiges Wechselspiel. Vor hundert Jahren hatte die liberale Reform das katholische Gedankenerbe beiseite gedrängt. Heute verdrängt der politisch organisierte Katholizismus zusammen mit andern Gegnern des Liberalismus die Träger jener Reform aus ihrer Herrschaft. Wer darin nur ein Rückwärtsdrehen des „Rades der Geschichte" sehen will, geht fehl. Es ist keineswegs unwahrscheinlich, daß es eines Tages die katholisch-konservative Partei sein wird, die der Sozialdemokratie den Zugang zur Mitbestimmung der schweizerischen Landespolitik öffnet: als weiterer Schlag gegen den liberalen Staat, aber zugleich auch als weiterer Schritt zum nachliberalen Staat.

v. Ernst spottet darüber, daß der Freisinn „im Landesinteresse" die Mehrheit im Bundesrat habe beibehalten wollen. Dieser freisinnige Anspruch verdient keinen Spott. Wer 80 Jahre die Verantwortung für den schweizerischen Bundesstaat getragen hat, kann sich dieser Verantwortung nicht freiwillig entschlagen, ohne daß er sieht, wer sie künftig tragen will. Sich an die Krippe des Staates drängen, kann eben noch nicht als ein Tragen-wollen dieses Staates angesehen werden. Eine andere Frage ist, ob eine Mehrheit, die man nicht aus eigener Kraft inne hat, mehr als nur ein scheinbares Tragen der Verantwortung bedeutet. Wir glauben, daß seit zehn Jahren der Freisinn, trotz seiner Fünfervertretung im Bundesrat, in vielen Fragen der schweizerischen Landespolitik nicht den Ausschlag gegeben hat. Wird es heute, wo sein „viertes Mandat" allzu deutlich als „Verdienst" einer andern Partei angesprochen wird, anders sein?

Wäre schließlich nicht auch denkbar, daß eine Minderheitsvertretung aus eigener Kraft und mit einer geschlossenen Partei im Rücken — und nicht einer gespaltenen, wie das heute der Fall ist — entscheidenderen Einfluß zu üben vermöchte? Auf alle Fälle wird heute die „Partei der Mitte" auch einmal an ihr Parteischicksal denken müssen — im Landesinteresse!

Was den Freisinn heute in zwei Flügel spaltet, ist eine Verschiedenheit des politischen „Kurses" in den eigenen Reihen. „Die Zukunft der schweizerischen freisinnig-demokratischen Partei kann nicht in der Richtung liegen — schreibt die „Thurgauer Zeitung" —, die der Zentralvorstand der Partei in seinem Gutachten zu Handen der radikal-demokratischen Fraktion für die Bundesratswahlen angegeben hat" (d. h. einer Zusammenarbeit auch mit der Sozialdemokratie). Oder die „Neue Zürcher Zeitung" läßt sich aus Neuenburg berichten:

„Wir bleiben vor allem andern treue Anhänger der bürgerlichen Front. Wir sind Gegner einer Politik, die die bürgerliche Einheit gefährden könnte ... Die Tatsache, daß die bürgerliche Front auf eidgenössischem Boden noch zusammenhielt, wurde mit Genugtuung vermerkt."

Wie sehr diese „Bürgerfront"-Politik mit der Minderheitspolitik der welschen Schweiz zusammenhängt, beleuchtet eine Äußerung des Pariser „Temps":

„Die romanische Schweiz beglückwünscht sich besonders zu der Wahl Dr. Meyers, denn sie weiß, daß sie bei ihm in allen Lagen einen Geist der Verständigung, der Toleranz und selbst der warmen Sympathie getroffen hat."

Legt man sich aber im rechtsfreisinnigen Lager eigentlich auch Rechenschaft darüber ab, wohin auf die Dauer diese Zweifrontenstellung führt? Das „Zweiparteiensystem" gilt zwar als der Idealzustand eines richtigen Spielens der liberalen Behördenorganisation. Aber einmal handelt es sich im „Bürgerblock", in der „antimarxistischen Front", nicht um eine Partei, sondern um eine lose Zusammenfassung widersprechendster Interessen. Und dann geht der Kampf mehr und mehr um den Staat selbst, und weniger um die Führung im Staat. In England steht beispielsweise der Staat über den beiden abwechslungsweise um die Führung in ihm ringenden Parteien — schon durch seine monarchische Spitze. In Österreich ging und geht die Absicht der beiden Fronten dagegen dahin, den Staat zu ihrem Organ zu machen und die Staatsgewalt zur Ausschaltung des andern Volksteils von der staatlichen Mitbestimmung zu gebrauchen. Nicht für dauernd, aber für eine Zeit des Übergangs. So muß jede Zweifrontenstellung schließlich in der Diktatur endigen.

Der linke Flügel des Freisinns fühlt sich als der eigentlich Besiegte des 12. Dezembers. Aus diesem Lager erschallt denn auch der Ruf nach verfassungspolitischer Änderung des bestehenden Zustandes am lautesten. So schreibt die „Neue Aargauer Zeitung":

„Kantonale Rücksichten haben auf die eidgenössische Wahlangelegenheit einen ungebührlichen und verhängnisvollen Einfluß ausgeübt, sodaß man sich über den verstärkten Ruf aus dem Volke nach der Volkswahl des Bundesrates und der Abschaffung der Kantonsprivilegien wahrlich nicht wundern muß."

Oder die „National-Zeitung":

„Alles in allem, so darf es in Bern nicht weiter gehen... Und so verlangen wir mit den nötigen Garantien für eine Vertretung der verschiedenen Landes- oder Sprachengegenden und der Hauptparteien der Schweiz heute in aller Form die Bundesratswahl durchs Volk."

Der „Landbote" (Winterthur) meint:

„Es darf füglich behauptet werden, daß die Hälfte des Schweizervolkes: Sozialdemokraten und Linksfreisinn im Bundesrat nicht vertreten sind und nach dem heutigen Wahlmodus ... vorläufig nicht viel anderes zu erwarten sein wird, solange die Rechtsfreisinnigen weiter mit der schwarz-grünen Allianz liebäugeln. Dagegen gibt es nur ein Heilmittel: die Wahl des Bundesrates durch das Volk."

Im „St. Galler Tagblatt" wird auf das Versagen des Parlaments und die Rückwirkung auf die politische Jugend aufmerksam gemacht:

„Das Parlament hat am 12. Christmonat sich nicht auf der Höhe seiner Aufgabe gezeigt... Daß auf die Dauer eine derartige Politik ohne ernsthafte Schädigung unserer Demokratie nicht weiter betrieben werden kann, dürfte klar auf der Hand liegen. Vor allem laufen die bürgerlichen Parteien Gefahr, das Vertrauen der Jugend zu verlieren."

Die „Züricher Post" schließlich verlangt, daß die freisinnig-demokratische Partei in allen diesen Dingen die Initiative ergreife:

„Das Problem — sich etwas mehr Gedanken über das Grundsätzliche unserer Landesregierung zu machen — darf mit den Ersatzwahlen vom Donnerstag nicht aus Abschied und Traktanden fallen: Wir erwarten von der freisinnig-demokratischen Partei, daß sie hier initiativ vorgehe und eine Zusammensetzung des Bundesrates vorbereite, die bei aller Aufrechterhaltung der Führungsmöglichkeit, den Zusammenklang zwischen Volkswillen und Landesregierung herstelle."

Man kann gegen diesen Ruf nach einzelnen Reformen nur eines einwenden: die Reform muß als Ganzes ins Auge gefaßt werden. Es ist unrichtig, wenn man meint, mit abschnittsweisem Vorgehen dringe man leichter durch. „Populär" sind staatspolitische Neuerungen größeren Stils heute überhaupt nicht. Die „Thurgauer Zeitung" schreibt nicht ganz mit Unrecht:

„Der „Nationalzeitung" mit ihrem Ruf nach der Volkswahl des Bundesrates wäre die Frage zur näheren Überlegung zu unterbreiten, woher sie denn die Mehrheit für eine solche Volkswahl hernehmen wollte."

Heute tritt der Wähler in erster Linie deswegen für eine bestimmte Partei ein, weil diese seine unmittelbaren Interessen verficht. Ihm wieder den Blick für das Ganze zu öffnen und seinen Willen zu wecken, sich dafür einzusetzen, weil vom Ganzen das Schicksal des Teiles und damit auch seiner Interessen und Interessengruppe abhängt, dazu bedarf es langer Vorbereitung. In erster Linie in den führenden Kreisen der Parteien selbst. Dann aber auch der Wähler, des Volkes. Aber daß es sich dabei — und wie die Sache angefaßt wird — um eine Schicksalsfrage der „Mitte" handelt, soviel ist sicher. Das haben die Bundesratswahlen vom 12. Dezember mit unmißverständlicher Deutlichkeit gezeigt.

* * *

In dem an anderer Stelle dieses Heftes gewürdigten Jahrbuch „Die Schweiz 1930" veröffentlicht Dr. Albert Oeri einen Aufsatz „Möglichkeiten und Notwendigkeiten schweizerischer Völkerbundspolitik", der wegen seiner sachlichen Art als Grundlage geeignet ist, um eine seit vielen Jahren abgerissene Aussprache über den Gegenstand „Schweiz und Völkerbund" wieder aufzunehmen. Dr. Oeri bekennt, vor zehn Jahren zu den Gegnern des Beitritts der Schweiz gehört zu haben: „Uns Beitrittsgegnern graute damals namentlich davor, daß die Teilnahme am Völkerbund die Schweiz in fremde Händel verstricken werde." Ein Rückblick heute, nach bald zehnjährigen Völkerbundserfahrungen zeige, daß diese Erfahrungen zwar „nicht ausgiebig genug sind, um unsere 1920er Sorgen restlos zu zerstreuen, aber sie reichen immerhin aus zum Beweis dafür, daß wir die Gefährlichkeit unserer Völkerbundszugehörigkeit für die politische Unabhängigkeit der Schweiz stark überschätzt haben". — „Überschätzt" scheint uns nicht ganz der richtige Ausdruck. Wäre die politische Entwicklung in Europa seit 1919 anders verlaufen, als sie tatsächlich verlaufen ist, dann hätten wir die Gefahren keineswegs „überschätzt" gehabt. Nun ist allerdings von den Möglichkeiten, die man damals ins Auge fassen mußte, die für uns günstigste eingetreten: die Rückentwicklung der französischen Vormacht und die langsame Wiederherstellung eines europäischen Großmächtegleichgewichts. Darum haben sich für uns auch die Gefahren unserer Völkerbundszugehörigkeit gemildert. In letzterer Feststellung gehen wir mit Herrn

Oeri durchaus einig. „Überschätzt" haben wir diese deswegen aber vor zehn Jahren dennoch nicht. Sie hätten genau so groß werden können, wie wir befürchteten; und es ist nicht unser Verdienst, daß es anders gekommen.

Herr Oeri ist dann aus einem Beitrittsgegner ein Vorkämpfer des Völkerbundes geworden, denn „wer Europa nicht zu einem kriegerischen oder revolutionären Chaos werden lassen" wolle, müsse heute „Völkerbundspolitik" treiben. Zwar halte er durchaus für denkbar, daß sich „Friedenspolitik" auch in einem andern als dem aus Versailles hervorgegangenen Völkerbund treiben lasse, „vielleicht sogar eine solidere Friedenspolitik". Aber es handle sich jetzt nicht darum, was denkbar wäre, sondern was sei und lebe. Wer aufrichtig den Frieden wolle, müsse daher dem Völkerbund dienen. Die große Hauptpflicht des Völkerbundes sei denn auch diejenige „der organisierten Friedenssicherung nach dem Grundsatz: si vis pacem, para pacem", wenn du den Frieden willst, dann bereite den Frieden vor. Allerdings wirke es noch wenig beruhigend, „daß das System (der Friedenssicherung) noch recht lückenhaft" sei. Ganz lückenlos könne „ein solches System überhaupt nie werden, so wenig wie die Zivil- und Strafgesetzgebung eines einzelnen Staates. Man wird nie Schranken errichten können, über die kein Verbrecher und kein Verzweifelter mehr hinwegsetzen kann". Trotzdem werde von diesem System die Möglichkeit einer gründlichen Rüstungsbeschränkung erwartet, auch wenn es bis dahin nicht gelungen sei, die „Kette von Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheitsgarantie und Rüstungsbeschränkung zu schmieden. Der umfassendste Versuch dazu, das Genfer Protokoll von 1924, ist bekanntlich nicht zum Weltgesetz geworden. Aber die Versuche dauern weiter und müssen weiter dauern, wenn der Völkerbund nicht schmählich kapitulieren will". Wenig sei bisher in Genf auch von der Revision der Verträge, d. h. von einer Anwendung des Art. 19 der Völkerbundssatzung die Rede gewesen. Immerhin stellte das Friedenswerk des Youngplanes „im Grund ein Kind jenes Art. 19" dar, auch wenn es „nicht im legitimen Genfer Ehebett gezeugt wurde". Vielleicht werde es mit anderen Korrekturen der Versailler Ordnung ähnlich gehen. Die Schweiz habe aber keinen Grund zur Eifersucht, wenn die ehemaligen Kriegsparteien ihre Geschäfte im kleinen Ausschuß der unmittelbar Beteiligten ordneten. Ganz ablehnend steht der Verfasser der Paneuropa-Idee gegenüber. Die Vorbedingungen für eine Verwirklichung derselben seien noch schlechter als sie vor 120 Jahren für das Napoleonische „Paneuropa" gewesen seien. Wenn auch der universelle oder universell werden wollende Völkerbund „einstweilen noch recht mangelhaft" funktioniere und „fast völlig versage" gegenüber dem allgemeinen Wirtschaftsprotektionismus, so sei das noch kein Grund, wieder einen Schritt rückwärts und abwärts zu tun. Darum dürfe die Schweiz auch die Versuche, „allmählich die Paneuropaidee der Völkerbundsidee zu substituieren, nicht mitmachen". Sie habe vielmehr allen Grund, „für die Stabilisierung, Sanierung und Universalisierung des für sie viel ersprießlicheren internationalen Organismus des Völkerbundes alles zu tun, was sie irgend tun kann".

Liegt diesen Gedankengängen nicht ein einziger, aber zentraler Denkfehler zu Grunde, mit dessen Erkenntnis das ganze Gedankengebäude wie ein Kartenhaus zusammenstürzt? Kann man Zivil- und Strafgesetzgebung einfach auf eine Linie stellen mit dem „System der Friedenssicherung"? Glaubt man im Ernst, eine „Weltfriedensordnung" auf ein Propagandamätzchen der Kriegszeit gründen und den der Strafgesetzgebung entliehenen Begriff des „Verbrechers" auf Völker und Staaten anwenden zu können? Wenn das Zusammen- und Gegeneinanderleben der Völker mit etwas vergleichbar ist, dann noch am ehesten mit dem Ringen der politischen Parteien und Volksgruppen innerhalb eines Staates um Einfluß, Geltung und Mitbestimmung in diesem Staat. Die Parteien der Bauern, Arbeiter oder Katholiken heißen aber deswegen noch lange nicht „Verbrecher", weil sie sich nicht mit dem Bestehenden begnügt, sondern sich auf Kosten des Freisinns gegründet und durchgesetzt haben. Gewiß heißen sie das nicht — wird man einwenden —, solange sie auf dem Boden der Verfassung bleiben. Ob und wie lange ein Kampf auf verfassungsmäßigem Boden — oder angewandt auf das zwischenstaatliche Leben: auf dem

Boden eines bestehenden Vertragszustandes — geführt werden kann, hängt aber von zwei Vorbedingungen ab: von der Revisionsmöglichkeit dieses bestehenden Verfassungs- oder Vertragszustandes, und von der Revisionswilligkeit der daran Beteiligten. Beides fehlte beispielsweise beim Zustand der alten Eidgenossenschaft im ausgehenden 18. Jahrhundert oder bei der Schweiz der Restauration; die Revisionsfähigkeit schon deswegen, weil es nicht bloß galt, eine bestehende Verfassung zu „revidieren", sondern eigentlich etwas ganz Neues (den Bundesstaat) zu schaffen, was in den alten Verfassungen unmöglich schon vorgesehen sein konnte. Bezeichnen nun deswegen unsere Geschichtsbücher die freisinnige Partei als „Verbrecher", weil sie 1847 zum Krieg als letztem Mittel der Politik griff?

Im Ziel sind wir trotzdem einig: wir möchten, daß man je länger je weniger zum Krieg als letztem Mittel der Politik greifen muß, für das innerstaatliche wie für das zwischenstaatliche Leben. Denn Bürger- und Völkerkriege sind eine furchtbare Geißel. Sind wir aber selbst in unserm wohlgeordneten, wohlbehüteten eidgenössischen Staatswesen davor gefeit, daß der neue große Ruck nach vorwärts, wie ihn veränderte geistige und materielle Verhältnisse mehr und mehr fordern, einmal anders als gewaltsam getan werden wird? An der Revisionsmöglichkeit der bestehenden Verfassungsordnung dürfte es dabei weniger fehlen. Wie steht es aber mit der Revisionswilligkeit aller Beteiligten? Wenn es noch einige Jahrzehnte weiter geht, wie im vergangenen, dann sind wir so festgefahren — auf der Seite der Beharrung- wie der Änderung-Wollenden —, daß eines Tages der Appell an die Waffen vielleicht unvermeidlich ist. Ähnliches gilt für die zwischenstaatlichen Verhältnisse Europas. Zwar will man, um einen neuen europäischen Bruderkrieg zu vermeiden, den Frieden, d. h. den jetzt bestehenden Vertragszustand durch seine „Organisierung" dauernd sichern. Man glaubt durch die Verknüpfung von Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheitsgewähr und Rüstungsbeschränkung, in der Art, wie das Genfer Protokoll von 1924 es versucht hatte, eine für diesen Zweck taugliche Organisation gefunden zu haben. Herr Oeri stellt im Sinne des Bedauerns fest, daß dieses Genfer Protokoll bisher nicht „zum Weltgesetz geworden", und meint, wenn der Völkerbund die dahin gehenden Anstrengungen nicht fortsetze, bedeute das seine Kapitulation. Letzteres mag richtig sein. Vielleicht steht und fällt der Völkerbund von Versailles mit dieser „Organisierung der Friedenssicherung". Wäre ihm diese aber gelungen oder würde sie ihm künftig gelingen, d. h. wäre das Genfer Protokoll „Weltgesetz" geworden oder würde es künftig, dann wären die Aussichten für eine Änderung der Versailler Vertragsordnung auf nicht-kriegerischem Wege auf ein Mindestmaß gesunken. Man muß bedenken, daß schon jetzt alles, was in den letzten zehn Jahren am Vertragszustand von Versailles geändert werden konnte, außerhalb des Völkerbundsrahmens geändert wurde. Und zwar ausschließlich dank dem Eingreifen derjenigen Weltmacht, die sich außerhalb der vom Völkerbund gewährleisteten Versailler Vertragsordnung gehalten hat: Amerikas. Wie nun, wenn diese Vertragsordnung noch die Festigung durch ein zum „Weltgesetz" erhobenes militärisches Sicherungssystem erhalten hätte oder erhalten würde? Wenn du den Frieden willst, dann organisiere den Frieden; das heißt doch nichts anderes als: schaffe eine solche Kriegsorganisation, daß damit jede Friedensstörung niedergeschlagen werden kann. Wobei als Friedensstörung eben jeder Versuch zur Änderung des bestehenden Vertragszustandes gilt, während selbst ausgesprochen kriegerische Handlungen, wenn sie der Erhaltung oder Ausführung dieses Vertragszustandes dienen, nicht darunter fallen. Der Völkerbund hat dem Ruhrkrieg, der Europa dem „kriegerischen und revolutionären Chaos" zutrieb, mit verschränkten Armen zugesehen.

Zusammengefaßt: Selbst wenn die Versailler Vertragsordnung die Möglichkeit ihrer Revidierbarkeit enthält — und das tut sie ja in Art. 19 des Völkerbundsvertrages —, so entfernen sich ihre Träger (wozu durch ihre Völkerbundsmitgliedschaft jetzt beispielsweise auch die neutralen Kleinstaaten gehören) doch immer mehr von der Revisionswilligkeit, je mehr sie sich auf die von ihnen als Hauptzweck des Völkerbundes betrachtete „Organisierung der Friedenssicherung", d. h. die Sicherung des bestehenden Vertragszustandes ver-

steifen. Mit der Versteifung der herrschenden Geschlechter auf das unveränderte Erhalten der bestehenden Ordnung war das Schicksal der alten Eidgenossenschaft besiegelt. Die verantwortlichen Träger des staatlichen Schicksals verloren mehr und mehr die Beweglichkeit, um Hand bieten zu können zur längst notwendig gewordenen grundlegenden Änderung. Für den Völkerbund bestünde nur noch eine Möglichkeit: von dem, was bisher als seine „Hauptpflicht" galt, von der „Friedenssicherung" gänzlich zu lassen und sich auf das Eine zu werfen, was er bisher vollständig vernachlässigte: auf die Förderung der Revisionsmöglichkeit und Revisionswilligkeit. Einen Verlust würde er dadurch kaum erleiden, denn er hat bisher doch niemandem wirkliche „Sicherheit" zu bieten vermocht. Der Rüstungsstand, d. h. das Maß dessen, was jeder Staat als für seine nationale Sicherheit erforderlich hält, ist der Gradmesser dafür. Selbst die Schweiz sieht sich genötigt, heute mehr zu rüsten als vor 1914. Sicherheit hängt eben nicht mit der „Organisierung", sondern mit der Art des Friedens zusammen. England hat, besonders auf der zehnten Versammlung, bereits Vorstöße in dem Sinne gemacht, die Rolle des Völkerbundes grundlegend zu kehren. Ohne damit bisher Erfolg zu haben. Auch für die Zukunft dürften die Aussichten wenig besser sein. Der Genfer Allerweltsverein ist eben viel zu schwerfällig für praktische Arbeit. Und vor allem: die treibende Revisionskraft — Amerika — will nichts mit ihm zu tun haben.

Heute, nachdem sich unser Beitritt bald zum zehnten Mal jährt, stehen sich nicht mehr Gegner und Freunde des Völkerbundes gegenüber. Im Ziel sind wir ja längst einig, wenn wir es überhaupt nicht immer waren. Können unsere Wege in Wahrheit noch so verschiedene sein? Man lehnt in den schweizerischen Völkerbundskreisen entrüstet die Paneuropa-Idee ab, weil man darin eine gefährliche Konkurrenz für die Völkerbundsidee wittert. Wie liegen aber die Dinge auf der Ebene der Tatsachen? Die für unser Land ersprießliche Entwicklung der politischen Verhältnisse ist in den vergangenen Jahren außerhalb oder unter Durchkreuzung der Hauptbestrebungen des Völkerbundes verlaufen. Es würde also wider alle politische Vernunft sein, uns diesem mit Haut und Haar verschreiben zu wollen. Anderseits ist nicht abzuleugnen, daß die Staatenwelt des europäischen Festlandes mehr und mehr in die wirtschaftliche und damit auch politische Hörigkeit derjenigen Weltmächte gerät, die sie aus der Umklammerung von Versailles herausgehauen haben. „Paneuropa" ist daher nicht viel anderes als die Äußerung simpelsten europäischen Selbsterhaltungstriebes. Aber man kann die Frage stellen: würden wir mit „Paneuropa" nicht wieder in die eben von außen her gelockerte Umklammerung hineinrutschen?

So oder so, eins scheint uns zwingend: unser Land darf sich — alter Überlieferung gemäß — nicht einseitig in der einen oder andern Richtung festlegen. Es führen auch heute viele Wege nach „Rom", will sagen: zum Frieden. Vor allem: Wir dürfen uns nicht in eine Sache verrennen. Auf was liefe es denn schließlich hinaus, wenn wir auf die Dauer „alles tun würden, was wir nur irgend tun können", um uns „für die Stabilisierung, Sanierung und Universalisierung" der Genfer Institution einzusetzen? Wir legen damit nur immer mehr Bresche in den Wehrwillen unseres Volkes, ohne dafür irgend Wesentliches für unsere Sicherheit einzutauschen. Wir tun damit auch Niemandem etwas Gutes, im Gegenteil, wir helfen, wenn wir einer illusorischen „Organisierung der Friedenssicherung" nachjagen, von der einzig wirklichen Aufgabe der politischen Gegenwart ablenken: von der Förderung der europäischen Revisionsmöglichkeit und Revisionswilligkeit. Und schließlich: wir versagen unsere Kraft der geistigen und wirtschaftlichen Neugestaltung unseres größeren Vaterlandes, Europas.

Uns scheint, diese Dinge wären es wert, daß man sie angesichts der bevorstehenden zehnten Wiederholung des 16. Mai allerseits gewissenhaft überdächte.

Aarau, den 18. Dezember 1929.

Hans Oehler.

Zur politischen Lage.

Deutschlands innere Entwicklung.

Mit der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten hatte die deutsche Rechte den Gipfelpunkt ihrer Erfolge erreicht. Gegenüber den vereinigten Kräften der Linken und der Mitte hatte sie obenaus geschwungen, in erster Linie natürlich durch die gewaltige Volkstümlichkeit ihres Kandidaten. Aber trotzdem muß diese Reichspräsidentenwahl auch als krönendes Ergebnis einer mächtigen politischen Bewegung gewertet werden, die der deutschen Rechten eine nach dem Umsturz von 1918 kaum erwartete Stellung im Reich verschaffte.

Die Revolution hatte ja den Linksparteien das Feld frei und in allen politischen Stellen im Reich und den Ländern, in Provinzen und Gemeinden das Heft in die Hände gegeben. Die ersten Nutznießer waren die Sozialdemokraten der verschiedenen Schattierungen. Von den bürgerlichen Parteien kam die am weitesten links stehende, die demokratische, zum ansehnlichsten Erfolg. Das Zentrum fand sich auch unter diesen verwirrenden Verhältnissen zurecht und wurde auch in der Republik wie früher eine staatsbejahende, bei jeder Regierungsbildung unumgängliche Gruppe. Was weiter rechts stand, hatte natürlich Mühe, sich zurecht zu finden. Aus Resten der ehemaligen Nationalliberalen Bismarck'schen Angedenkens entstand unter Stresemanns Führung die deutsche Volkspartei, monarchisch und national gesinnt, doch liberal eingestellt und stark verbunden mit führenden Wirtschaftskreisen. Noch weiter rechts bildete sich aus den frühern Konservativen mit starkem neuem Zuzug die Deutschnationale Partei, ausgesprochen monarchisch und christlich, streng national gerichtet. Zusammengenommen bildete jedoch die Rechte nur einen kleinen Bruchteil der neuen Nationalversammlung und vermochte so auf die Ausarbeitung der Weimarer Verfassung, auf die Ziehung der Grundlinien des neuen Deutschland überhaupt keinen wesentlichen Einfluß auszuüben.

Anders gestaltete sich jedoch die Entwicklung. Deutschland war zusammengebrochen und zahllose Existenzen waren dabei unter die Räder gekommen. Von Außen lastete von allen Seiten ein furchtbarer Druck auf dem Land. Dazu kam nun noch die Vernichtung der deutschen Währung mit ihren erschütternden Folgen für weite Volksteile. Das alles mußte die Massen zur scharfen Abwehr nach Außen und zur Gegnerschaft gegen die Machthaber im eigenen Lande antreiben. Diese Lage wirkte sich naturgemäß zu Gunsten der Opposition aus, also zu Gunsten der Rechtsparteien. Die Deutsche Volkspartei zog daraus erheblichen Vorteil und wuchs ansehnlich. Weit stärker jedoch war der Gewinn für die Deutschnationale Partei, die sich in raschem Ansturm zunächst zur größten bürgerlichen Partei und schließlich sogar zur größten Partei Deutschlands überhaupt emporschwang, sogar die vereinigte Sozialdemokratie überflügelte. Es wäre nun allerdings völlig falsch, eine solche fast beispiellos rasche Entwicklung als bloße Konjunktursache zu betrachten. Es ist vielmehr ganz klar, daß die Deutschnationale Partei in ihrer Zusammensetzung an Stoßkraft den alten Konservativen weit überlegen sein mußte. Sie hatte im Jahre 1918 einen sehr starken Zuzug aus dem gebildeten und besitzenden Mittelstande, von alters her dem Träger der nationalen Ideale, erhalten. Für diese Kreise und vor allem für ihre Jugend war das Erlebnis des Krieges und des Zusammenbruches geradezu überwältigend gewesen. Es hatte der Auffassung zum Durchbruch verholfen, daß das Volk in der Politik die maßgebende Größe sein müsse, daß hiebei der Staat nur das Mittel sei. Die Nationalen lernten also anstatt im staatlichen Rahmen nun im volklichen denken. Aufs engste verbunden mit dieser Neugestaltung des nationalen Denkens war seine soziale Ausgestaltung, da man nur durch weitherzige soziale Reformen hoffen konnte, das Volk über die alten sozialen Gegensätze hinweg wieder zu einer Einheit zu formen. Damit war in die politische Auffassung der Deutschnationalen Volkspartei zu dem starken gefühlsmäßigen Zusammenhang mit der monarchischen Vergangenheit ein sehr stark zukunftfreudiger, vorwärtsstrebender Zug gekommen. Die Gefahr der rückschrittlichen Einstellung, des Verknöcherns, war damit gebannt und es kam auf

diese Weise der Schwung und die Stoßkraft zu Stande, die unwiderstehlich vorwärts führten. Es war ja so bezeichnend, daß die Masse der akademischen Jugend sich dieser Bewegung völlig anschloß. Es öffneten sich für die Partei die Wege in den verschiedensten Richtungen. Die christliche Einstellung gab den Weg frei, um einen erheblichen katholischen Anhang zu gewinnen, der die anpassungsfähige Politik des Zentrums nicht mehr mitmachen wollte. Die sozialfortschrittliche Einstellung ermöglichte es, die nichtsozialistischen Angestellten und Arbeiter heranzuziehen und den Sozialisten in ihrem eigensten Gebiet scharf zuzusetzen. Daneben blieb die alte Grundlage im protestantischen Bürgertum und der Bauernschaft. So faßte die Partei mächtige ideelle und starke wirtschaftliche Kräfte zusammen und wurde zu einer gesamtdeutschen Gruppe, die überall im Reich vertreten war. Bezeichnend war es, daß die Deutschnationalen in allen Großstädten und Industriegebieten starken Anhang gewannen. Mit Hilfe der vaterländischen Verbände wie der Stahlhelm und dergl. vermochte man sogar die Macht der Linken in derart roten Gebieten wie Thüringen, Provinz und Freistaat Sachsen zu brechen. Man setzte sich im katholischen Rheinland, im demokratischen Baden und Württemberg, im streng für sich gehenden Bayern fest.

Die Kosten bei dieser Entwicklung zahlten Mitte und Linke. Freilich, den mächtigen Bestand der Sozialdemokratie mit ihren festen Stützen in Gewerkschaften und Konsumvereinen vermochte man nur teilweise zu erschüttern. Auch das Zentrum konnte seinen Bestand trotz mancher Verluste im Einzelnen behaupten. Dagegen sanken die Demokraten im Streit zwischen Rechts und Links immer mehr herab. Heute sind sie in weiten Teilen des Reichs dem Nullpunkte nahe und haben sich nur an ganz wenigen Orten noch einen beachtenswerten Bestand bewahrt.

Anders wurde die Lage, als nach dem Abbruche des Ruhrkampfes, nach dem Abschlusse der Locarnoverträge und des Dawesplanes, der Festigung der neuen Währung u. s. w. die Verhältnisse aus ihrem sich überstürzenden, sprunghaften Gange in einen ruhigern, gleichmäßigen Fluß kamen, als die unaufhörlichen Aufregungen, die Drohungen und Provokationen Frankreichs aufhörten. Deutschland merkte schließlich auch, daß seit einigen Jahren ein sogenannter Frieden bestand. Die Sieger hörten auf, immer mit der Peitsche zu knallen und zogen es vor, die deutsche Regierung selbst für den geforderten Tribut sorgen zu lassen. Schließlich verstand man sich sogar dazu, Deutschland der Form nach wieder in den Konzern der Großmächte aufzunehmen. Eine der brennenden Grenz- und andern Streitfragen um die andere wurde durch einen Kompromiß für den Augenblick zur Ruhe gebracht. So nahm der äußere Druck in seiner auch dem einfachsten Gemüt ohne weiteres faßbaren Form ab. Der gewöhnliche Bürger verlor diese Dinge aus den Augen. Auch im Innern kam es zu einer wachsenden Beruhigung. Die furchtbaren, ganz unberechenbaren Sorgen der Inflationszeit verschwanden. Man konnte wieder planen und rechnen. Man konnte wieder darauf zählen, den Lebensunterhalt auch in ein paar Tagen, Wochen oder Monaten noch fristen zu können. Aus dem Nichts heraus konnte man so wieder an den Aufbau herangehen. Damit fand auch hier eine Entspannung statt, die die Rolle einer Opposition weniger dankbar machte. Gleichzeitig wuchsen nun wieder die alten Probleme, vor allem die alten sozialen Gegensätze, zu steigender Bedeutung auf und damit wuchs auch der Erfolg der Sozialisten. Und nun wuchs auch die Deutschnationale Partei in eine Stellung hinein, daß sie von der Verantwortung nicht länger abseits stehen konnte. Eine derart starke Gruppe mußte einmal versuchen, wenigstens einen Teil der Macht im Staate genau so wie in manchen Ländern in die Hände zu bekommen. In diesem Augenblick aber hatte die Deutschnationale Partei durchaus keine glückliche Hand. Sie vermochte keine folgerichtige, klare Haltung einzunehmen. Sie brachte es auch nicht fertig, die richtigen Männer an den richtigen Platz zu stellen. Und so mußte der Niedergang eintreten. Vielleicht spielte dabei auch das plötzliche Ausfallen Helfferichs ein große Rolle. Auf jeden Fall bestand die Deutschnationale Partei ihre Probe nicht und mußte das sofort mit einem starken Rückschlage bezahlen.

* * *

In ganz ähnlicher Weise wie die vorhergehenden Jahre durch den Aufstieg der Deutschnationalen Partei, so sind die folgenden durch ihren Niedergang gekennzeichnet. Der Schwung kam abhanden; der frische Zug ging verloren. Die Vergangenheit reckte sich hemmend in die ganz anders geartete Gegenwart hinein. In der Weltanschauungspartei gewannen die sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze Gestalt. Zwischen Alten und Jungen tat sich eine Kluft auf, zwischen einfach konservativ Gesinnten und nationalsozial Gerichteten. So zersetzte sich der mächtige Parteiblock. Immer neue Gruppen organisierten sich zuerst und spalteten sich dann ab. Immer neue Sondergruppen versuchten ihr Heil in der selbständigen politischen Verfechtung ihrer Ideen. So kam die Wirtschaftspartei hoch, mit ihrer rein wirtschaftlichen Einstellung. Es bildeten sich landwirtschaftliche Gruppen und dann Bauernparteien. Die ausgeprägt evangelisch Gesinnten bildeten eine eigene Partei. Katholiken spalteten sich infolge von Reibereien ab. All das lähmte die Entwicklung der Partei und fügte ihr immer neue Verluste bei, kostete ihr immer mehr von ihrer Stoßkraft.

Den Höhepunkt erreichte diese Entwicklung schließlich in der innern Krise der letzten Wochen. In der Zeit des Niederganges versuchte der Parteivorsitzende Hugenberg gestützt auf sein mächtiges Pressekonzern noch einmal das Ganze scharf zusammenzufassen und einheitlich zu verwenden. Vielleicht wäre das noch gegangen, wenn die Zielsetzung eine glückliche gewesen wäre. Mit der Zielsetzung, wie sie u. a. im Volksbegehren gegen den Youngplan zum Ausdruck gekommen ist, waren aber weite Kreise der Partei und zwar in erster Linie die jüngern, sozial denkenden und volksnational eingestellten Teile der Führer nicht einverstanden. So kam es schließlich zur Krise und zur Spaltung der Partei. Diese hat nun die Deutschnationalen jedenfalls den wesentlichen Teil ihrer Anhänger unter Angestellten und Arbeitern gekostet. Eine ganze Schar der bekanntesten Namen sind ausgeschieden. Es wird sich nun fragen, ob dieser Gruppe weitere Teile der Partei folgen werden. Es kommt darauf an, ob es den Ausgetretenen gelingt, sich eine eigene Parteiorganisation zu schaffen. Das ist heute noch keineswegs sicher, da die erforderlichen Mittel und Kräfte sehr groß sind. Gelingt die Neubildung einer Partei, so wird das ein furchtbarer Schlag für die Deutschnationalen sein. Gelingt es nicht, so werden doch zahlreiche Kräfte verloren gehen und eine schwere Schädigung wird die Folge sein. Vor allem im Westen und Süden des Reichs wird viel Boden verloren gehen. Der Rechten wird so die überragende Gruppe überhaupt fehlen.

Nun wäre es aber ganz falsch, anzunehmen, daß mit diesem offensichtlichen Verfall der großen Rechtspartei die Mitte und die Linke entsprechend gewachsen sei. Das Zentrum hält seinen Stand. Die Demokraten nehmen immer weiter ab, wie wenn nichts geschehen wäre. Vielleicht, daß die Sozialisten von Rechts her einigen Zuwachs erhalten haben; wesentlich ist das in den letzten Jahren auf keinen Fall mehr gewesen. Das haben die Wahlen in allen Teilen des Reichs mit aller Deutlichkeit gezeigt. Es haben sich Verschiebungen innerhalb der Rechten ergeben, teilweise sogar wesentliche Verschiebungen, aber keine ansehnlichen Verschiebungen nach Links. Regelmäßig war das Bild so, daß die Deutschnationalen stark verloren haben, daß dafür aber andere Gruppen der Rechten sich vermehrten oder ganz neu auftauchten. Das Ergebnis war natürlich eine sehr starke Zersplitterung der gesamten Rechten, mannigfache unnützbare Stimmen, ein Rückgang des Einflusses dieser großen Wählermassen.

Eine besondere Erwähnung verdienen dabei noch die Nationalsozialisten, die in den letzten Monaten in raschem Aufstiege begriffen sind. Die Anhänger Hitlers haben schon einmal viel von sich reden gemacht. Vor dem bekannten Münchener Putsch erlebten sie einen ähnlich raschen Aufstieg aus dem Nichts wie heute. Sie eroberten München, machten überall den Sozialisten die Straße streitig und versuchten schließlich, die Macht gewaltsam an sich zu reißen. Nach dem raschen und völligen Zusammenbruch dieses Versuches lag die Bewegung beinahe ganz am Boden. Die norddeutschen Gesinnungsgenossen, die Völkischen, gingen sozusagen spurlos zu Grunde. Die Nationalsozialisten brauchten lange Zeit, bis sie wieder einigermaßen eine Organisation geschaffen hatten. Mit der Zeit gelang dies aber doch der Organisationsgabe Hitlers. Die Bewegung ging

wieder vorwärts. Im Auslande konnte man das am besten aus der unabsehbaren Kette von Meldungen über die Zusammenstöße von Nationalsozialisten mit Linksgruppen feststellen, gegenseitige Versammlungssprengungen, Straßenkrawalle, organisierte Überfälle u. s. w. Nun haben auch die Wahlen den Nationalsozialisten eine Vervielfachung ihres bisherigen Besitzstandes sozusagen durch das ganze Reich gebracht. Sie bilden jetzt die unentwegte nationale Opposition. Ihnen strömt die Jugend zu, wie das z. B. von der Studentenschaft bekannt ist. Ob sie aber aus dieser Rolle der unentwegten Opposition heraus noch einmal zu größerer Bedeutung kommen werden, das ist unsicher. Es sind vor allem berechtigte Zweifel über die außenpolitische Befähigung Hitlers gestattet, wofür Proben vorhanden sind.

Insgesamt ist durch diese ganze Entwicklung das deutsche Parteiwesen noch bunter geworden als früher. Zudem zeigt jede der bis jetzt noch geschlossenen Parteien ebenfalls noch deutliche Zersetzungszeichen. Aus diesem Durcheinander läßt sich natürlich immer weniger eine brauchbare Regierungsmehrheit bilden. Das innerpolitische Leben Deutschlands wird immer bunter, immer unübersichtlicher. Es sind eben eigentlich keine richtigen politischen Ziele, zu deren Erreichung ein gangbarer Weg erkennbar ist, vorhanden, weder außen-, noch innenpolitisch. Eine allgemeine Rat- und Richtungslosigkeit ist die Folge. Ob wohl aus diesem Chaos wieder eine gestaltende Kraft auftauchen wird und wann?

Aarau, den 23. Dezember 1929.

Hektor Ammann.

Bericht aus Frankreich.

In den Kulissen einer Krisis.

I.

Nach langen Ferien versammelte sich am Nachmittag des 22. Oktober das lärmende Heer der 600 voller Tatendrang im Palais Bourbon. Briands Regierung schien vorderhand gesichert, obgleich er bei der Bildung von einem „Urlaubskabinett" gesprochen: denn von Poincaré, als dessen Statthalter man ihn betrachtete, lauteten die ärztlichen Berichte zwar günstig, doch ist selbst nach der völligen Genesung ein längerer Aufenthalt im Süden erfordert, der bis in den nächsten Frühling hinein jede politische Tätigkeit verhindert. Außerdem ist der Youngplan noch nicht aus der Taufe gehoben, wichtige Verhandlungen im Haag und in London stehen bevor; das parlamentarische Interesse wird nahezu vollständig von dem Haushalt des Normannen Chéron in Anspruch genommen, welch letzterer mit der Hartnäckigkeit, die seine Rasse von Jahrhunderten her auszeichnet, in der Finanzkommission die geforderten Abstriche und Steuerermäßigungen verweigert hatte. Ein kleiner Schatten nur im arkadischen Bilde der großen Politik: Die Artikel Poincarés in der „Nacion", die eine herbe Kritik der Verhandlungen im Haag enthielten. Und so etwas wie der Schatten eines Schattens: Die militaristische Rede des Kolonialministers Maginot in Bar-le-Duc. Mandel stellte boshaft fest: Die Minister Briands verbringen ihre Ferien damit, sich gegenseitig zu interpellieren. Das Bild erschien ziemlich richtig, und es war Zeit, daß Briand seinen Mitarbeitern Schweigen gebot. Zu diesem Ende setzte er im Ministerrat vor der Sessionseröffnung durch: daß alle allgemeinpolitischen Aussprachen bis auf ein später zu bestimmendes Datum zurückgestellt würden. Der Haushalt geht Briand nichts an. Da hat jeder seiner Minister genug mit sich selber zu tun, und Arbeit genug, sich seiner Haut zu wehren. Briand kann unterdessen die außenpolitischen Verhandlungen zu Ende führen, den Youngplan als ein fertiges Ganzes auf das Bureau der Kammer niederlegen.

Mit diesem Programm war im Grunde jedermann einverstanden, und nur aus einem guten alten Brauche heraus verlangte die Linke Aufklärung über gewisse Vorgänge der Außenpolitik. Zu allgemeiner Verwunderung schlossen sich

ihr sofort ein paar Männer der Rechten an: Marin, der sich weder mit der Rheinräumung, noch mit den Saarverhandlungen, noch überhaupt mit irgend etwas abfinden kann; Franklin-Bouillon, der überall Verrat wittert, oder wenigstens feigliche Schwäche, und der sich in der Kassandrarolle eines Nachkriegs-Déroulède gefällt; Jeroboam Mandel, der von seinem Meister, dem alten Tiger, das Ministerstürzen gelernt hat und darauf brennt, sein Wissen bei der erstbesten Gelegenheit zu verwerten. Hinter diesen drei Musketieren aber standen zwei Drahtzieher in den Kulissen, ein Politiker und ein Wirtschaftler: Montigny, Caillaux' Schildträger, und François de Wendel. Montigny und Caillaux wollen ganz einfach zur Macht. François de Wendel aber vertritt seine eigenen, starken Interessen, und die des mächtigen Comité des Forges. Mit der Rheinräumung haben sich die beiden Gruppen abgefunden: die verschiedenen Kartelle bieten dafür Ersatz. Aber es wurde im Haag zum ersten Mal von dem Saargebiet gesprochen, und die endgültige Regelung dieses Problems als Teil der allgemeinen Liquidation aller Nachkriegsfragen bezeichnet. In Paris trat ein zwischenministerieller Ausschuß zusammen, der seine Arbeiten eben abschloß; von Tag zu Tag erwartete man die Deutschen zu entscheidenden Verhandlungen. In einer Geheimsitzung des Comité des Forges war unter dem Einfluß der de Wendelgruppe beschlossen worden: sich diesen Verhandlungen zu widersetzen, sie mit allen Mitteln zu hintertreiben. Als das geeignetste dazu erschien der Sturz des Kabinetts Briand: es war ein förmliches Komplott, eine Geheimverschwörung, die selbst den berühmten Antennen des Fischers von Cocherel verborgen blieb. Er verteidigte sich matt, ohne Begeisterung noch Feuer. Er glaubte offenkundig nicht an die Möglichkeit einer Niederlage. Er hielt die Radikalen für weniger verblendet und kurzsichtig. Die schöne weiße Ziege des Herrn Seguin unterlag im Morgengrauen dem anstürmenden Wolf, nachdem sie eine ganze Nacht gekämpft. Briand fiel gegen 11 Rechtsstimmen nach kurzer, unblutiger Schlacht, und ohne jeden Gegenangriff. Die Armee der 600 war über das Ereignis so verblüfft, daß minutenlanges Schweigen herrschte. Denn der Besiegte war in Wirklichkeit nicht Briand, sondern die Demokratie selber, die sich, wie man bald merken konnte, einen ihrer schlimmsten Streiche gespielt.

II.

„Gut getrennt, aber jetzt handelt es sich darum, wieder zusammenzunähen!" sagte eine französische Königin nach blutigem Gemetzel zu ihrem Sohne. Die parlamentarische Lage war nach dem Sturze Briands verzwickt genug. Der Brauch verlangte, daß die stärkste Oppositionspartei mit der Regierungsbildung betraut werde: in diesem Falle also die Radikalen. Aber es erschien von vornherein klar: eine richtige Mehrheit kann auf diese Weise nicht zustande kommen. Sie wäre nur dann möglich, wenn eine Persönlichkeit der Mitte, die das gesamte Zentrum fest in der Hand hält, auf die Unterstützung der Sozialisten rechnen könnte. Bei den Rechtsradikalen gibt es ohne Zweifel solche Männer: Clémentel etwa, oder Steeg, oder einer der beiden Sarraut. Aber dies war ja gar nicht der Zweck des Ganzen. Es mußte unter allen Umständen der Beweis erbracht werden: Daß die Linke, in welcher Gruppierung sie auch immer auftreten möge, völlig unfähig sei, eine Regierung zu bilden. Die große Mehrzahl der Radikalen, die man hier als „bons bougres", gute Kerle bezeichnet, ahnte nicht das Geringste von dem bereits eingeleiteten Manöver. Es bestand in der Hauptsache darin, daß der Präsident der Republik auf Betreiben seiner Berater mit dem Auftrag wartete, bis der radikale Parteitag in Reims Klarheit geschaffen. Das ist nicht ganz verfassungsmäßig, denn eine Herrschaft von Parteien und Kongressen ist in dem allerdings veralteten Dokument von 1875 nicht vorgesehen: aber es erschien klug und zweckentsprechend. Die Masse der Radikalen ahnte noch immer nichts. Die Masse, das sind die „Militanten" aus der Provinz, nicht die vorsichtigeren Vertreter in Kammer und Senat. Was geschehen mußte, geschah: Unter großem Jubel erfolgte die „Krönung von Reims", der etwas derbe, charaktervolle, aber naive und auf dem Parkettboden der Politik wenig gewandte Daladier, ein Schüler Herriots, wurde den Parteisatzungen

entgegen erneut zum Vorsitzenden gewählt. Mit Hinblick auf seine nähere Heimat sprach Caillaux das boshafte Wort: „Es ist ein Stier aus der Camargue, doch riecht er noch ein wenig nach dem Stall." Jedenfalls war mit dieser „Krönung" der junge Professor als Anwärter auf den Posten des Erstministers deutlich genug bezeichnet, und Präsident Doumergue verfehlte nicht, ihn sofort zu solchem Auftrag zu sich ins Elysée zu berufen. Die Schwierigkeit hieß nur: Werden die Sozialisten mittun? Und zwar nicht als klatschende Zuschauer im Saal wie 1924, sondern als Akteure auf der Bühne? — Zur Erklärung dessen, was jetzt folgt, muß auf eine Intrige näher eingegangen werden, die sich zwischen den Sturz Briands und die Berufung Daladiers einschaltet. Der aussichtsreichste Kandidat zum Posten des Ministerpräsidenten hieß nämlich von vornherein nicht Daladier, sondern Paul-Boncour. Ein Sozialist zwar, doch einer „mit Rosenwasser": politisch unverdächtig bis weit in die parlamentarische Mitte hinein, Patriot wie nur ein Jakobiner es sein kann, ehemaliger Frontsoldat, Vertreter Frankreichs in Genf, Vorsitzender und Berichterstatter von Körperschaften für Armeefragen. Mit ihm marschierten ohne Zweifel nicht nur die Sozialisten — aus Ehrgeiz, wenn nicht aus Überzeugung —, sondern auch die Radikalen, die republikanische Linke, vielleicht sogar die demokratische Allianz Maginots, der ein guter Kriegskamerad von Paul-Boncour ist. Der einzige schwache Punkt war hier: Briand. Denn Paul-Boncour hätte sich zwar aus taktischen Rücksichten seiner Hilfe versichert, doch nicht verfehlt, bei jeder Gelegenheit in die außenpolitischen Karten zu schauen. Der kleine Zank ist von Genf her wohlbekannt. Briand bezeigte nicht die geringste Lust zu einer solchen Vormundschaft. Dagegen machte Caillaux mit stärksten Mitteln für den jungen Sozialisten Propaganda, und mit ihm natürlich Montigny und ein paar andere Radikale. Aber es fehlen bei dieser Operation diejenigen Politiker, die man als „Hebammen der Kabinette" bezeichnet: Laval, Daniélou, Loucheur. Zudem ist bekannt, daß seit den Tagen des Kartells Herr Doumergue keinen Schritt gegen den Rat Briands unternimmt. 48 Stunden nach Ausbruch der Krisis lag die Kandidatur Paul-Boncour zu Boden: und mit ihr für jeden Wissenden die Beteiligung der Sozialisten an der Regierungsbildung überhaupt, trotz der zögernden Zustimmung einer Rumpffraktion. In dem eilig zusammengetretenen sozialistischen „Nationalrat" sprach sich die Mehrheit der Parteivertreter gegen die Zusammenarbeit mit den Radikalen aus: Daladier wankte, aber er fiel noch nicht, denn er zählte auf die Unterstützung Briands und der vielen Staubparteien, die auf Leben und Tod mit dem Fischer von Cocherel marschieren. Briand empfing ihn wohlwollend und gab ihm viele gute Ratschläge: um allen Gerüchten endgültig die Spitze abzubrechen, wurde am Quai d'Orsay ein „Communiqué" ausgearbeitet des Inhalts, der Herr Präsident unterstütze nach wie vor Daladier in seinen Bemühungen zur Bildung einer Regierung der „republikanischen Union". Damit aber war das üble Wort gefallen: die Radikalen liefen Sturm, witterten reaktionäre Einflüsse bei dem Reinsten unter den Reinen, und um acht Uhr abends muß das Quai d'Orsay versprechen, die Mitteilung werde nicht veröffentlicht. Zwei Stunden später ist das bürgerliche Kabinett Daladier fertig. Um Mitternacht liegt es zu Boden. Was war inzwischen geschehen? — Die Havasagentur hatte das schicksalschwere Communiqué der Presse übermittelt. Wer es vom Quai d'Orsay an Havas gegeben hatte, weiß noch heute niemand. Briand behauptet, er sei es nicht gewesen.

III.

Das französische Volk liebt die Gedanken der Linksparteien, wenn es die Rechte ist, die sie verwirklicht. Dieser widerspruchsvolle Satz, der in keinem Lande der Welt außer in Frankreich Geltung hat, bewahrheitete sich erneut im Verlaufe der letzten, überaus lehrreichen Ministerkrisis. Daladiers Nachfolger im Elysée, Clémentel, stellte nur eine Zwischenspeise dar: denn es war von vornherein klar, daß die Radikalen nicht mittun konnten, ohne sich selber, ihr Programm, ihre sozialistischen Freundschaften und ihre eben noch gefaßten Reimser Beschlüsse zu verleugnen. Man hat Daladier den Totengräber der Linksparteien genannt, weil er von Clémentel bestimmte Garantien forderte, so etwa

das Innenministerium, das wichtigste innerpolitische „Steuerhebel": er hat nur genau begriffen, was auf dem Spiele stand. Die Zeiten sind vorbei, wo der französische Radikalismus den linken Flügel der bürgerlichen Parteien bildete, und Waldeck-Rousseau ist nur noch ein großer Name, keine politische Wirklichkeit mehr. Mit der Entwicklung des Sozialismus ist die in Frankreich so stark entwickelte „Mystik der Linken" auf die Anhänger Blums übergegangen, und jede Partei, die sich von ihnen trennt, begibt sich des großen Gewinns, der mit dieser Mystik vom wahltechnischen Standpunkt aus verknüpft ist. Daladier wußte: Treten jetzt die Radikalen in ein gemäßigtes Kabinett ein, so wiederholen sich die düsteren Jahre von 1926 bis 1928, und all die Anstrengungen, die seit dem Kongreß von Angers zur Verjüngung der Partei gemacht wurden, sind verloren. Die Sozialisten treten dann endgültig in die Opposition und ziehen die Massen der linksbürgerlichen Wähler zu sich hinüber: die glorreiche radikale Partei ist fürderhin nichts mehr als eine leere Schale.

So ging denn die Entwicklung folgerecht weiter: über Clémentel zu Tardieu. Über diesen „Löwen von Belfort" ist viel geschrieben worden: er ist weder ein Löwe, noch von Belfort, sondern ein Stockpariser mit ungeheuer viel Ehrgeiz und noch mehr Glück. Henry de Jouvenel sagte von ihm: „Wenn man mich fragte, welches von den Hirnen der Männer meines Geschlechts ich mir wünschte, so würde ich antworten: das Gehirn de Monzies, denn in ihm glüht der Funke des Genies; fragte man mich aber, welches ich für meine Söhne wünschte, so würde ich antworten: das Gehirn Tardieus, denn als Vater ist man um die Karriere seiner Kinder besorgt." Es gibt keinen lebenden Franzosen, der so glänzend zum Karrieremachen ausgerüstet ist, wie der Ministerpräsident André Tardieu. Von Jugend auf verband er Geschäft, Diplomatie und Politik: die magische Formel für den, der in der Republik um jeden Preis hochkommen will. Als der Stern des Tigers zu sinken begann, schlug er sich zu Poincaré; als die Dämmerung des Nationalblocks sichtbar wurde, gründete er sein „Echo National" und bekämpfte Poincaré. Als durch die Ohnmacht der Linken ein großes Erbe fällig war, ließ er sich, von seinen bisherigen Wählern in der Seine-et-Oise verlassen, in dem von patriotischen Sagen umwobenen Belfort aufs Schild erheben: sofort umgab ihn die Mystik des Retters, der Nimbus des „Realisten" und „Tatmenschen" — denn auch dies ist heutzutage zum bloßen Nimbus geworden. So stand er in den Kulissen, strahlend und groß, des Stichworts gewärtig. Es fiel zur rechten Zeit. Als das Elysée rief, war das Kabinett Tardieu schon fertig. Es ist ziffernmäßig das größte, das die Republik je besaß. Der Tiger sagte von ihm: „Es ist keine Regierung, sondern ein Rudel."

IV.

Dann kam der große Tag der Kabinettserklärung. Tardieu, gutgekleidet, wohlgenährt, vorteilhaft in jeder Beziehung, amerikanisch, sportsmäßig, trug ein Programm vor, das jeden Aufsichtsrat in helles Entzücken versetzt hätte. Die alte Formel aus dem zweiten Kaiserreich: „Bereichert euch!" wurde wieder hervorgeholt und bewährte ihre alte Kraft. Nichts von Parteihader, aber auch sehr wenig von großen Weltanschauungsfragen: alles Geistige trennt, alles Materielle vereint. Die Stricke des zum Platzen gefüllten Staatssäckels lösten sich, und es regneten die Milliarden. Geizige Väter haben verschwenderische Söhne: so wird das Gleichgewicht wieder hergestellt. Was Poincaré mit spießerhafter Sparsamkeit gesammelt, will Tardieu in alle Winde zerstreuen. Heiße Tränen mag der Normanne Chéron geweint haben, bevor er dem Drängen seines Chefs nachgab und die ängstlich behütete Schatzkammer öffnete. Aber dem Glückskind Tardieu war noch eine viel höhere Gabe beschieden: Das Friedensprogramm Briands. Das Schauspiel war selbst in der französischen Kammer unerhört: Briand, der Paneuropäer, der Friedensapostel, der Mann von Locarno und Thoiry, als Außenminister in einem Kabinett, das von den Marquisen, dem Comité des Forges, den Nationalisten aller Sorten aus der Taufe gehoben war! Er stieg auf die Tribüne, hielt eine Rede, die vielleicht die glänzendste ist in seiner langen, politischen Laufbahn. Alle Punkte,

um die die Linke jahrelang gekämpft, wurden darin entwickelt: keine einzige, aber auch nicht die geringste Konzession an die Rechte, die den Kelch bis auf die Neige leeren mußte. Es war wirklich „hohe Schule": Briand weiß, was er den Parteien seines Landes bieten kann. Er gebrauchte nach Nietzsches Rezept die Peitsche. Man sagt, er habe geschworen: Nicht durch die Linke, durch die Rechte soll die „Liquidation des Krieges" beendet werden. Es dürfe nicht mehr gesagt werden, daß es „Landesverräter" sind, die den Rhein räumen, die das Saargebiet an Deutschland zurückgeben: die Nationalisten selber sollen es tun. Kriegsminister Maginot bläst zum Rückzug aus Mainz, der chauvinistische Arbeitsminister Pernot verhandelt über Saarbrücken und Burbach. Das ist der höchste Triumph der Briandschen Staatskunst. Ist er bis zu Ende vollbracht, dann spricht der Fischer von Cocherel sein Nunc dimittis.

Ohne Zweifel reibt sich dabei die Rechte auf. Alte Parteien dürfen wie alte Leute nicht plötzlich ihre Lebensgewohnheiten ändern. Das Schlimmste dabei ist nicht so sehr der Gang der Ereignisse selber, als die Reaktionen, die von Zeit zu Zeit mit Gewalt hervorbrechen. Ein Beispiel dafür auf dem Gebiete der äußeren und der inneren Politik. Als Italien in der U-Bootfrage mit einem Male Kehrt machte, war die Wut darüber in Frankreich so groß, daß selbst der Quai d'Orsay den militaristischen Heißspornen vom Marineministerium freie Hand lassen mußte. So entstand der neue „Pantherſprung" nach der dalmatinischen Küste — um den historischen Vergleich zu vollenden, heißt einer der französischen Zerstörer wirklich „Panther" —, der als Auftakt zur Londoner Seeabrüstungskonferenz grell genug klingt. Man sagt, Tardieu selber werde mit Briand zur Seite im Namen Frankreichs verhandeln: er wird das Bett, das ihm seine Nationalisten bereitet, hart genug finden, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß er entweder sich oder seiner Mehrheit eine Niederlage holt. Sich selber, wenn durch Frankreichs Intransigenz die Konferenz scheitert; seiner Mehrheit, wenn er nachgiebig genug ist, um ein Kompromiß zu ermöglichen. — Das Beispiel im Innern: die Militärvorlage. Die Draufgänger um Maginot haben erreicht, daß Frankreich alle Rekorde schlägt; daß es den traurigen Ruhm beanspruchen kann, an der Spitze der Aufrüster zu marschieren. Die Nation horchte erschreckt auf: nicht so sehr um des materiellen Opfers willen — seinen Generälen gegenüber hat Frankreich noch nie geknausert — als wegen des unvermeidlichen Echos bei allen Völkern Europas. Dazu sagte man ihr: Deine Sicherheit wird trotzdem nicht gewährleistet, denn du lernst jetzt erst aus dem Kriege von 1870; dagegen verfeindest du dich mit Deutschland, gegen das der ganze Apparat doch offenkundig gerichtet ist, und bereitest vielleicht die fürchterlichste aller Katastrophen vor. Um das Unglück voll zu machen, fehlte Briand während der Debatten auf seinem Ministersitze, und jedermann gab diese Deutung: Er ist mit Maginot nicht einverstanden und betrachtet das riesenhafte Militärbudget als eines der schwersten Hindernisse seiner deutschen und europäischen Politik. Tardieu rettete sich diesmal nur durch das unglaubliche Abstimmungssystem der Kammer, das jedem Abgeordneten gestattet, zugleich Nein und Ja zu sagen, je nachdem er die Regierung retten, oder seinem Wähler angenehm sein will. So verwandelten sich die 32 Mehrheitsstimmen, die das Kabinett vor dem Sturz bewahrten, wenige Stunden später durch „Berichtigungen" in 3 Minderheitsstimmen, wobei noch zu bedenken ist, daß 26 Minister und Unterstaatssekretäre sich selber das Vertrauen aussprechen. Tardieu fällt also eigentlich jeden Tag — nicht gerade siebenmal, aber doch wenigstens einmal.

V.

André Tardieu wird nach dieser Regierung noch viele andere bilden, vielleicht ebensoviel wie Briand. Marianne ist nicht übermäßig treu, aber sie kommt nach dem Sprichwort immer wieder auf ihre früheren Lieben zurück. Nach Poincaré, Barthou, Briand ist Tardieu in den Kreis der Prätendenten eingetreten. Caillaux hatte wohl recht: der „Stier aus der Camargue" Daladier riecht noch zu sehr nach dem Stall. Er muß sich erst längere Zeit parfümieren, denn Marianne liebt nun einmal Wohlgerüche: das hat schon Herriot mit seinem ewigen Knaster erfahren müssen. Aber auch seine Stunde wird schlagen: Wer

politische Wetten eingehen will, soll sein Geld abwechselnd auf die Ställe Tardieu und Daladier setzen, mit Paul-Boncour als Outsider.

Paris, Mitte Dezember 1929.

A. Pütz.

Kultur- und Zeitfragen

Chardin.

Es jährte sich diesen Monat zum 150. Mal der Todestag eines Malers, dessen Kunst auf ihm sehr angemessene, wunderbare Weise nie Mode wurde und die doch alle, die ihn je lieben gelernt haben, als einen unvergleichbar köstlichen Besitz in sich tragen. Dieser Maler ist Jean-Baptiste-Siméon Chardin. Er lebte von 1699 bis 1779, erfüllte also den eigentlichen Raum des achtzehnten Jahrhunderts, dessen letzter Grundzug doch angstvolles Spiel, Oberflächensucht aus dumpfem Entsetzen über die dräuende Tiefe, Unwesentlichkeit aus ahnendem Grauen vor dem Wesen war. In diesem Jahrhundert lebte Chardin. Man ist versucht, zu glauben, ihm sei beschieden gewesen — ihm unter ganz Wenigen, vielleicht ihm allein sogar —, allen Unsinn seiner Zeit, ohne Krampf und Kampf, mit der Lauterkeit seines kindlich starken Geistes in Sinn zu verwandeln. So war es ein Jahrhundert vorher den Brüdern Lenain ebenso selbstverständlich gelungen, ungeblendet vom Licht des Sonnenkönigs, jenem damals stummen Frankreich, dem Frankreich der Bauern, ein Gesicht zu geben: wie nun im achtzehnten Jahrhundert Chardin dem nunmehr stummen Frankreich, den Sachen und dem ihnen gehörenden Bereich der Menschen ihr Wesen gab.

Wir besitzen nicht sehr viele Bilder von Chardin. Und dieses eher bescheidene Lebenswerk ist auch in seinem Stoffe beschränkt. Einige Bildnisse, einige häusliche Szenen, eine Frau an ihrer Hausarbeit, ein Kind in seinem Spiel, eine Mutter mit ihren Kindern, alle Menschen immer irgend einer beschaulich ihr Recht fordernden Arbeit hingewandt — und dann vor allem Stilleben: Früchte, Wildpret, Geschirr, alle möglichen Instrumente: das ist die kleine Welt, die Chardin mit seiner Form begnadet hat.

Er arbeitete schwer. Ein Jahr für ein Bild war ihm nicht zu lang. Und doch war kein aufrührerischer Kampf in seinem Werben um die Dinge. Es war ein ganz stilles, wortloses Lieben der Dinge. Eine demütig unersättliche Anbetung der Welt, die ihm nichts Weltliches war. Ihm mochte es wohl widerfahren, daß er ein Bild nicht zu Ende führen konnte, weil die Dinge, Eßwaren etwa, selber allzu ungeduldig der Verderbnis zuschritten. Und waren sie gestorben, bevor sie im Bilde das Leben wiedergewonnen hatten, so forderte es des Malers Wahrhaftigkeit, dem Tode sein Recht zu lassen. Nie bog er die Natur zu seinem Willen um: er überzeugt sie von seiner Liebe, und in dieser Liebe nahm sie die Form seines zarten und großen Geistes an. „Man malt nicht mit Farben," sagte dieser um alle Kostbarkeit der Farbe wissende Künstler einmal, „man malt mit dem Gefühl".

Die Menschen Chardins sind nie müßig. Ihre Hände haben eine adlige Dienstbarkeit. Eine Frau, die ihr Kind zum Beten anhält bei Tisch, eine Magd, die Gemüse putzt, eine andere, die schwer beladen ihre Einkäufe heimbringt, ein Knabe, der mit einem Kreisel spielt, ein Mädchen, das andächtig Kirschen zählt, das sind Vorwürfe, wie sie Chardin liebt. Aber welch seltsame Hingebung an die Arbeit, an das Spiel in diesen Menschen! Sie sind ganz dabei und doch ganz anderswo. Chardin faßt sie in jenen seltenen Augenblicken, da der Mensch so sehr in sich gesammelt ist, daß ihm sein klares, ungetrübtes Ich begegnet wie eine fremde Wirklichkeit. So ruhig sind seine Menschen geworden, daß sie plötzlich des Tones hellhörig werden, den ihr Wesen, und nur das ihre, in den großen Ton der Welt hineinklingt. Daher das versunkene Lauschen in all den